

**Interpellation Suter-Rapperswil-Jona (13 Mitunterzeichnende):  
«Wie reagiert der Kanton St.Gallen auf die Euro-Schwäche?»**

Am 15. Januar 2015 gab die Schweizerische Nationalbank bekannt, die Wechselkurs-Untergrenze von 1.20 Fr. pro Euro aufzuheben. Auch wenn stets davon ausgegangen werden musste, dass die Wechselkurs-Untergrenze eine temporäre Massnahme war, kam der Zeitpunkt der Aufhebung für alle überraschend, und die Reaktion des Devisenmarkts war heftig. Die unmittelbaren Auswirkungen auf die Wirtschaft, insbesondere die Exportwirtschaft, sind gravierend. Man sprach gar von einem Schock für die Exportindustrie. Gerade der Kanton St.Gallen mit seiner Grenzlage und mit seiner anteilmässig grossen Exportindustrie ist potenziell betroffen vom SNB-Entscheid. Erschwerend hinzu kommen die hartnäckige Strukturschwäche des Kantons, die im interkantonalen Vergleich hohe Steuerbelastung sowie die drohende Verschärfung des Fachkräftemangels aufgrund der Masseneinwanderungsinitiative.

Auf allen Seiten kommen nun Forderungen für dringliche Massnahmen – von Wiedereinführung einer Anbindung des Schweizerfrankens bis hin zu Konjunkturprogrammen. Doch unüberlegte Massnahmen würden die Situation ebenso verschlechtern wie politisch motivierte Panikmache. Zum einen hat die Schweizer Wirtschaft in der Vergangenheit bewiesen, dass sie sich schnell auf neue Situationen einstellen kann. Zum anderen braucht es zuerst eine saubere Auslegeordnung, bevor festgelegt werden kann, ob und gegebenenfalls welche Massnahmen effektiv etwas bringen, ohne zu schädlichen Marktverzerrungen oder zu Strukturverlusten zu führen.

Ich bitte die Regierung, um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Auswirkungen hat der SNB-Entscheid im Speziellen auf den Kanton St.Gallen, d.h. auf die St.Galler Wirtschaft und auf die Lage am St.Galler Arbeitsmarkt?
2. Welche Haltung nimmt die Regierung ein, um weiteren Schaden für die St.Galler Wirtschaft durch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative abzuwenden?
3. Welchen Handlungsspielraum sieht die Regierung überhaupt auf der kantonalen Ebene für geeignete Massnahmen zur Stärkung der St.Galler Wirtschaft?
4. Sieht die Regierung Potenzial für eine Art Deregulierungspaket, um die heimischen Unternehmen von kostentreibenden bürokratischen Lasten zu befreien?
5. Welchen Anpassungsbedarf sieht die Regierung in Bezug auf die Finanzplanung? Gefährdet die drohende Wachstumsschwäche die gesunden Kantonsfinanzen?
6. Ist die Regierung bereit, zugunsten des St.Galler Detailhandels einen neuen Anlauf zu liberaleren Ladenöffnungszeiten an Wochentagen zu unternehmen – dies auch als Massnahme gegen den grassierenden Einkaufstourismus?
7. Wie steht die Regierung zur Idee, parallel zu den verlängerten Arbeitszeiten in der Wirtschaft auch die Arbeitszeit des Staatspersonals (grundsätzlich 42 Stunden pro Woche bei 23 Ferientagen) um 30 Minuten oder 1 Stunde pro Woche zu verlängern?»

24. Februar 2015

Suter-Rapperswil-Jona

Böhi-Wil, Damann-Gossau, Dobler-Oberuzwil, Frei-Eschenbach, Göldi-Gommiswald, Göttertübach, Hartmann-Rorschach, Huser-Altstätten, Locher-St.Gallen, Mächler-Zuzwil, Rehli-Walenstadt, Rüesch-Wittenbach, Widmer-Mosnang